



P R E S S E M I T T E I L U N G

11. November 2009

Gugau: Schlegl soll sich an Recht und Gesetz halten

Über die geradezu unerträglich arrogante Aussage von Fraktionsvorsitzenden Christian Schlegl, die Einstweilige Verfügung des Landgerichts Regensburg, in der die von der Fraktion ausgesprochenen Rügen gegen die Stadträte Dr. Franz Rieger und Hermann Vanino als „greifbar rechtswidrig“ eingestuft wurden, tangierten ihn wenig, zeigte sich Kreisvorsitzender Armin Gugau empört. „Schlegl hat ganz offenkundig auf seinem persönlichen Rachefeldzug gegen Andersdenkende jegliches Unrechtsbewusstsein verloren und treibt die CSU-Fraktion immer weiter in die Isolation!“ meint Gugau und stellt fest: „Unsere Partei hat diesen Rechtsstaat mit aufgebaut. Schlegls selbstgefällige Ignoranz gegen geltendes Recht ist deshalb für die CSU nicht tolerierbar!“ Gerade die CSU-Fraktion, insbesondere aber der Fraktionsvorsitzende, muss sich als kommunales Organ an Recht und Gesetz halten, zumal alle Fraktionsmitglieder als Stadträte einen Eid auf die Verfassung abgelegt haben. Das Landgericht Regensburg habe unmissverständlich festgestellt, dass die Fraktion kein rechtsfreier Raum sei. Auch bekomme die Fraktion für ihre Arbeit nicht deshalb Geld von der Stadt, um seine Mitglieder rechtswidrig zu behandeln. Sollte die Rüge von der Fraktion nicht zurückgenommen werden, muss man sich die Frage stellen, ob die Mehrheit der Mitglieder der Fraktion überhaupt begreift, auf welchen rechtswidrigen Kurs sie von ihrem Fraktionsvorsitzenden gerade „hingepöbel“ wird. Er, Gugau, distanzieren sich ausdrücklich vom bisherigen Verhalten der Fraktion. Es könne nicht angehen, dass Mandatsträger der CSU im Wissen um ihr Tun weiterhin rechtswidrige Entscheidungen aufrecht erhalten. Gugau wörtlich: „Die Fraktion muss endlich ein deutliches Zeichen der Distanzierung von solch verwerflichem Handeln aussenden, sonst verliert sie in der Gesamtpartei auch noch den letzten Funken von Respekt und Vertrauen.“ Gugau begrüßte es ausdrücklich, dass Rieger und Vanino offensichtlich das Verhalten der Fraktion vom bayerischen Innenministerium rechtsaufsichtlich überprüfen lassen wollen.